Gemeinde Schorfheide
Der Bürgermeister

Fragenkatalog für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PVFA) in der Gemeinde Schorfheide

1. Allgemeines

Grundsätzlich unterstützt die Gemeinde Schorfheide den Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) im Rahmen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung. Vor der Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen, sollen jedoch andere Potenziale wie Dachflächen, privilegierte Flächen etc. in Anspruch genommen werden.

Der Fragenkatalog dient dazu:

1. Transparenz gegenüber Bürgern und Bürgerinnen sowie dem/der Vorhabenträger/in (VHT) zu schaffen,

2. eine höhere Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung zu schaffen.

3. Die Gemeindevertretung und die Verwaltung bei einer sachgerechten, nachvollziehbaren und transparenten Abwägung nach § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch (BauGB) zu unterstützen.

2. Fragenkatalog

Der Fragenkatalog ist vollständig auszufüllen. Gegebenenfalls ist ein Beiblatt beizufügen.

3. Sonstige Belange und Rechtsgrundlagen

Der/die VHT prüft eigenständig sonstige Belange oder Rechtsgrundlagen (Raumordnungsgesetz (ROG), Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LepHR), Regionalpläne etc.) die dem Vorhaben entgegenstehen könnten.

4. Bindungswirkung

Der Fragenkatalog gilt jeweils für eine Legislaturperiode. Der Bürgermeister legt der Gemeindevertretung zu Beginn der jeweiligen Legislaturperiode den Fragenkatalog zum Beschluss vor.

Grundsätzlich gilt gem. § 1 Abs. Satz 2 BauGB: „(...) Auf die Aufstellung von Bauleitplänen und städtebaulichen Satzungen besteht kein Anspruch; ein Anspruch kann auch nicht durch Vertrag begründet werden.“.

Schorfheide, den

Wilhelm Westerkamp
Bürgermeister

Matthias Gabriel
Vorsitzender der
Gemeindevertretung

Gemeinde Schorfheide
Der Bürgermeister

Fragenkatalog für Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PVFA) in der Gemeinde Schorfheide

	Fragestellung	**vom/n Vorhabenträger/in (VHT) auszufüllen** (ggf. Beiblatt verwenden)
1.	Handelt es ich um eine vorbelastete Fläche (z. B. Konversionsflächen, Deponien, Militärflächen, nicht anderweitig nutzbar)?	
2.	Handelt es sich um eine versiegelte oder bereits beeinträchtigte Freifläche?	
3.	Welche Naturschutzbelange (Nähe zu Schutzgebieten, geschützten Biotopen, Naturdenkmalen etc.) sind ggf. betroffen?	
4.	Handelt es sich um Renaturierungsflächen, unzerschnittenen störungsarme Räume oder sonstigen Flächen mit hoher Empfindlichkeit?	
5.	Handelt es sich bei der Fläche um Waldflächen im Sinne des § 2 LWaldG?	
6.	Handelt es sich um geringwertige landwirtschaftliche Böden? (Bodenwertzahlen benennen)	
7	Liegt eine besondere Erosionsgefährdung (Wind/Wasser) vor?	
8.	Wie hoch ist die durch das Bauvorhaben beabsichtigte Bodenversiegelung?	
9.	Wie fügt sich die Anlage, unter Berücksichtigung der Topografie und Sichtachsen in das Landschaftsbild (Sichtbarkeit und natürlich Abschirmung)?	
10.	Wie weit ist der Abstand zu Dörfern/Siedlungen mit dauerhaftem Wohnen (Innenbereich nach § 34 BauGB)?	
11.	Wie weit ist der Abstand zu Einzelgehöften und/oder Wochenendsiedlungen (Außenbereich nach § 35 BauGB)?	
12.	Ist die Anlage für eine potentielle Doppelnutzung konzipiert (Agri-PV)?	
13.	Befinden sich in der unmittelbaren Umgebung Infrastrukturen (200-Meter-Bereich von Straßen/Bahnanlagen)?	
14.	Befinden sich in unmittelbarer Umgebung Netzanschlüsse? (Entfernung benennen)	
15.	Befinden sich in unmittelbarer Umgebung Elektrolyse- oder Biogasanlagen? (Entfernung benennen)	
16.	Ist beabsichtigt Ladeinfrastrukturen bereitzustellen?	
17.	Wurden alle Betroffenen (Bürgermeister, Ortsbeiräte, Bürger, Flächeneigentümer) bereits frühzeitig einbezogen?	
18.	Wo befindet sich der Unternehmenssitz der Betreiberfirma?	
19.	Sind Maßnahmen zur Akzeptanzförderung nach § 6 EEG beabsichtig? Wenn ja, welche?	

Ort, Datum

Unterschrift Vorhabenträger/in